Nr. 21 Juni 1988

rotdorn

INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

SPD — Seit 125 Jahren Fortschritt

Es war Ferdinand Lassalles, der am 23. Mai 1863 in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV), den Vorläufer der SPD gründete. In diesem Jahr 1988 blicken wir nach vorne, und deshalb machen wir uns auch immer wieder klar, woher wir kommen: eine Partei, die vor mehr als einem Jahrhundert angetreten ist, Menschen aus Not zu befreien, ihnen wirtschaftlichen Aufstieg und politisches Mitspracherecht zu verschaffen, in Deutschland die Demokratie zu verankern, Freiheit durchzusetzen.

1918 übernahm die SPD unter Philipp Scheidemann erstmals die Führung einer deutschen Regierung. Die Sozialdemokraten traten ein schweres Erbe an, denn die gescheiterte Militärführung und nationalistische Kräfte aller Schattierungen vergifteten das politische Klima mit Geschichtslügen, die zum Ruin der Weimarer Republik beitragen sollten. Am 23. Mai 1933 waren es lediglich die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die sich zur Demokratie bekannten und zu Hitlers „Ermächtigungsgesetz" ihr mutiges und unvergeßliches „Nein" sagten.

Nach dem 2. Weltkrieg organisierte Kurt Schumacher den Wiederaufbau der SPD, für die 1945 ein Neubeginn, nicht aber der Bruch mit ihrer bisherigen Geschichte bedeutete. Der SPD-Ortsverein Medebach wurde 1946 gegründet. Im November 1959 beschloß die SPD ihr Godesberger Grundsatzprogramm, das den Anspruch der deutschen Sozialdemokratie, eine Volkspartei zu sein, programmatisch untermauerte. Eine Partei, die neue Ideen aufnimmt und sich neuen Schichten öffnet, stellte sich programmatisch dar als das, was sie schon lange gewesen war: eine linke, freiheitliche, sozialfortschrittliche Volkspartei.

Die Überschrift über Willy Brandts erster Kanzlerschaft lautete: „Mehr Demokratie wagen", wer erinnert sich nicht! Sozialdemokratische Reformpolitik hatte zwei Ziele: Frieden und Entspannung nach außen und gesellschaftspolitische Neuordnung im Inneren. Im dritten und vierten sozialliberalen Kabinett, nun unter Helmut Schmidt, der 1974 Willy Brandt als Kanzler gefolgt war, versuchte die Sozialdemokratie, in schwierigen Zeiten beide Reformprojekte fortzuführen. Das ist im größeren Maße gelungen, als es die öffentliche Meinung lange wahrhaben mochte.

In einer Welt wachsenden Reichtums und wachsender Armut sind die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit der überkommenden Zielsetzung ihrer Partei durchaus einig. Und wir sind überzeugt: Ob diese Welt eine friedliche werden wird, ob auch unsere Enkel ihre Luft atmen, ihr Wasser trinken können, das wird nicht zuletzt davon abhängen, wie viele Fortschritte diese Sozialdemokratie auf dem Weg zur gemeinsamen Sicherheit, zur Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, zur Humanisierung der Arbeit und zur freiheitlichen Gestaltung aller Sphären des öffentlichen Lebens machen wird.

Gesundheitswesen: Reform statt Roßkur

Die Bonner Koalition hat bisher der Kostenexplosion im Gesundheitswesen tatenlos zugesehen. Die Zeche dafür haben die Beitragszahler zu zahlen: Der durchschnittliche Beitragssatz der fast 1200 Krankenkassen unseres Landes hat mit rund 13 Prozent eine Rekordmarke erreicht. Mehr sogenannte Selbstbeteiligung und weniger Leistungen — das ist die Roßkur, die Bundesarbeitsminister Blüm und die Bundesregierung den Krankenversicherten zum Jahresbeginn 1989 verordnen wollen.

Höhere Zuzahlung bei Arzneimitteln, Kürzung der Kassenfinanzierung von Heil- und Hilfsmitteln, z. B. von Brillen und Hörgeräten, drastische Steigerung des Patientenanteils beim Zahnersatz, Einschnitte bei der Kostenübernahme für Fahrten zum Arzt, zum Krankenhaus und zur Rehabilitationsklinik, Wegfall des Sterbegeldes für die Jahrgänge nach 1928, höherer Krankenversicherungsbeitrag der Rentner - diese Stichworte zeigen, wohin die Reise der Bonner Koalition gehen soll.

Das SPD-Präsidium: „Die Pläne von CDU, CSU und FDP sind eine Kampfansage an die Versicherten, besonders an Kranke, Behinderte, Rentnerinnen und Rentner." Die SPD will eine Reform, die den Arbeitnehmern und ihren Familien dient.

Streitereien

Ziemlich leid sind inzwischen die Medebacher die persönlichen Auseinandersetzungen im Rat. Ein Verwaltungschef fühlt sich mißverstanden und schlägt mit einem Info zu. Die SPD reagiert mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde. Teilweiser Rückzieher der Verwaltung. Die CDU veranstaltet eine Sondersitzung. In ihr findet ihr Fraktionsvorsitzender Formulierungen, die die SPD als Tiefschlag versteht. Der rotdorn zitiert sie in einer Zusammenfassung. Nun fühlt sich Herr Schmiedeler mißverstanden. Er und die CDU verlangen eine Gegendarstellung. Dabei lassen sie sich von drei Rechtsanwälten unterstützen. (Im Ergebnis müssen sie dann zwei Anwälte allein bezahlen und ein Drittel der Kosten des dritten Anwaltes.) Der rotdorn lehnt die Gegendarstellung ab.

Vor Gericht geben beide Seiten nach und schließen einen Vergleich. Um weitere Zusammenarbeit nicht endgültig zu verbauen, ist der rotdorn bereit, Herrn Schmiedelers öffentliche Erklärung zu akzeptieren, er sei mißverstanden worden.

Damit hätte nun die Sache erledigt sein können. Aber nein: jemand glaubt, durch Fehlinformation der WP wieder Öl ins Feuer gießen zu sollen. Daraufhin Gegendarstellung in der WP, Leserbrief Drilling.

Ja, wird das denn nie ein Ende haben? — Hier also die vergleichsweise vereinbarte Richtigstellung.

Richtigstellung

In der Januarausgabe des „rotdorn" hatten wir in einem Bericht u. a. geschrieben: „Was sich die CDU sonst noch einfallen läßt: Ihr Fraktionsvorsitzender, Werner Schmiedeler, hat in der öffentlichen Ratssitzung vom 30. 12. 1987 die SPD sogar in die Nähe der Nationalsozialisten gerückt."

Diese Behauptung beruht auf einem Mißverständnis. Herr Schmiedeler hat öffentlich erklärt, er habe die SPD nicht in die Nähe der Nationalsozialisten gerückt. Wir bedauern unser Mißverständnis und nehmen die aufgestellte Behauptung zurück.

Soweit der Text des Vergleichs. Wir würden uns wünschen, daß jetzt tatsächlich mit den Streitereien ein Ende ist.

Wurfsendung

Die Lasten des Straßenausbaues

Die einen sind schon kräftig zur Kasse gebeten worden, die anderen streiten darüber noch mit der Stadt, die dritten sehen horrende Anliegerbeiträge für den demnächstigen Ausbau ihrer Straßen auf sich zukommen.

Wer Glück hat, kommt mit einigen tausend Mark davon. Wer Pech hat, muß Zehntausende berappen. Einem Hauseigentümer hat man gar über 80.000,— DM abgenommen. Dreißig-, Vierzig- oder Fünfzigtausend sind keine Seltenheit.

Wer ist schon in der Lage, solche Summen zu bezahlen? Was nützen da großzügige Stundungsregelungen für Landwirte, weniger großzügige für normale Hauseigentümer? Der Straßenbau hat schon dazu geführt, daß deshalb der Verkauf des Hauses in Betracht gezogen werden mußte. Schwer erträglich ist die finanzielle Belastung allemal.

Viele Bürger haben deshalb gegen die Stadt geklagt. Es waren in den Jahren 1983—87 immerhin 116 verwaltungsrichtliche Verfahren wegen der Heranziehung zu Straßenbaubeiträgen, nur 11 wegen anderer Sachen. Diese Zahlen hat die Verwaltung auf unsere Anfrage mitgeteilt, auch den Ausgang der Verfahren. Letzteres entgegen unserer Bitte jedoch nur unter Einbeziehung der weiteren 11 Verfahren.

Der Ausgang der Verfahren vor dem Verwaltungsgericht ist recht aufschlußreich. Von den 125 abgeschlossenen Klageverfahren hatten immerhin 102, also 81,6%, mindestens teilweise Erfolg (und sei es bei den Vergleichen auch nur dadurch, daß im Schnitt 10% von der Beitragsforderung der Stadt gestrichen werden mußten).

Von den 127 Verfahren stammen übrigens 89 aus dem Jahre 1983, nur 38 aus den Jahren 1984—87. Die Verwaltung führt diese Entwicklung auf ihre große Sachkompetenz zurück. Das mag ja sein. Es soll gar nicht bestritten werden, daß die Beitragsforderungen der rigorosen Rechtsprechung des derzeit zuständigen Senats des Bundesverwaltungsgerichts entsprechen. Dennoch wird die SPD-Fraktion sich bemühen, im Rahmen des rechtlich Zulässigen die Belastung des Bürgers mit Straßenbaubeiträgen zu verringern. Die in einer Summe aufzubringende Last ist weit einschneidender als die kontinuierlich aufzubringenden Gebühren für Wasser, Kanal und Müll.

Wir empfinden es als ungerecht, das Baugesetzbuch des Bundes für neue Straßen einen Beitrag der Bürger von 90% der Ausbaukosten vorschreibt, während das Landesgesetz für alte Straßen nur von einem wesentlich niedrigeren Beitrag ausgeht, der hier in Medebach bei höchstens 60% liegt. Am unverständlichsten ist für uns die Unterscheidung, was eine „neue" und was eine „alte" Straße ist. War nämlich z. B. die Straße bereits im Sommer 1960 fertiggestellt, ist sie eine „alte". Wurde sie (ohne Gehwege) erst im Herbst 1960 fertiggestellt, so ist sie eine „neue". Die heute erneuerte „alte" Straße aus dem Sommer 1960 bezahlen die Bürger zu 10 bis höchstens 60%, diejenige aus dem Herbst 1960 aber zahlen die Bürger mit 90%.

Wir können im Rat natürlich die Gesetze nicht ändern. Aber wir halten es für falsch, die Bürger überhaupt zu 90% heranzuziehen. Schließlich kann jede öffentliche Straße von jedem, nicht nur von den Anliegern, benutzt werden. Die Vorstellung des Baugesetzbuches des Bundes, eine neu hergestellte Straße diene zu 90% den Interessen der Anlieger können wir nicht nachvollziehen. Die Wasserleitung, bei der man das schon eher annehmen könnte, wird schließlich auch von allen Bürgern gemeinsam über den Wasserpreis und nicht durch spezielle Beiträge der angeschlossenen Anlieger finanziert.

Aber wir wollen hier nicht die Begründung für die Änderungsbedürftigkeit des Gesetzes im einzelnen darlegen. Wir wollen uns lieber damit beschäftigen, wie wir trotz dieses Gesetzes unseren Bürgern noch in rechtlich erlaubter Weise helfen können. Das ist schwierig, gewiß. Aber unsere Gesetze bieten doch einige Möglichkeiten, die Abrechnung des Straßenneubaues flexibler zu gestalten. Es kann z. B. nicht ausreichen, lediglich auf der üblichen Schiene des Beitragsrechts zu fahren. Hier gilt es, Phantasie zu entwickeln. Dazu sollte sich vor allem die Verwaltung aufgerufen fühlen.

Die SPD hat dazu im Rat schon einige Vorschläge gemacht. Teilweise ist man ihr im Grundsatz gefolgt, teilweise ist sie auf harten Widerstand gestoßen. Das fängt schon mit dem Umfang des beabsichtigten Ausbaues einer Straße an. Preiswert sollte gebaut werden, unter Ausschöpfung aller Einsparungsmöglichkeiten; keine übermäßigen Straßen- und Bürgersteigbreiten; Weglassen von Gehwegen und Parkstreifen, wo sie nicht unbedingt notwendig sind; frühzeitige Information der betroffenen Anlieger, Hören auf deren vernünftige Vorschläge; auch klare Kostenangaben vor dem Ausbau. Weit mehr als bisher sollte die Stadt auch Ablöseverträge mit den Anliegern schließen. Das setzt natürlich eine durchdachte Planung und begründete Kostenschätzung voraus. Ausgeschlossen müssen dann überhöhte Schätzungen sein, die den Vorauszahlungen beim Baugebiet Brüggerweg etwa zugrundegelegt worden waren.

Wo sich Zweifel ergeben können, ob eine Straße „alt" oder „neu" ist, sollte zugunsten der Bürger von einer „alten" Straße ausgegangen werden. Ein solcher Grundsatzbeschluß ist übrigens auf unsere Anregung hin bereits gefaßt worden.

Soweit den Bürgern in vergangenen Jahren Auskünfte schriftlich oder mündlich (z. B. in Einwohnerversammlungen) gegeben worden sind, darf das Vertrauen auf die Richtigkeit solcher Auskünfte nicht enttäuscht werden. Hier sollte man sich nicht auf einen harten Rechtsstandpunkt zurückziehen, wenn irgendeine Möglichkeit zum Entgegenkommen besteht. Die Chance eines durch das Gesetz zugelassenen Vergleichs muß hier genutzt werden. Neulich sind wir von der Verwaltung wegen dieses Hinweises scharf attackiert worden. Aber die Zahl der vor Gericht in solchen Verfahren abgeschlossenen Vergleiche zeigt doch, daß diese Gesetzesvorschrift, die es zugunsten der Bürger anzuwenden gilt, bisher vernachlässigt worden ist. Auch sollten Stundungen, natürlich unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände, nicht nur gegenüber Landwirten sondern auch gegenüber anderen Anliegern so großzügig wie möglich ausgesprochen werden.

Dies sind einige Punkte, wie der Straßenausbau für die betroffenen Bürger erträglicher gestaltet werden könnte. Wir sind keine Fachleute im Erschließungsbeitragsrecht. Aber entsprechend unseren Möglichkeiten werden wir weitersuchen, um Erleichterungen zu finden. Wir bitten die Verwaltung, uns mit ihrer Sachkompetenz und mit flexibler Phantasie bei der Suche nach zusätzlichen Wegen im Interesse der Bürger zu unterstützen.

Bericht aus Bonn

von Franz Müntefering (MdB)

Das Bonner Bild ist in diesen Wochen beherrscht vom Scheitern zweier Minister. Daß es die für Wirtschaft und Finanzen zuständigen Minister sind, gibt dem Vorgang Dramatik. Bei Massenarbeitslosigkeit und einem Finanzchaos in der Kasse des Bundes bräuchten die beiden Ressorts jetzt wirklich handlungsfähige Chefs. Aber Bangemann hat sich längst zurückgelehnt und läßt Dingen ihren Lauf — Brüssel läßt grüßen. Stoltenberg, affärengeplagt, reißt sich selbst täglich neue Schlaglöcher und rennt unbelehrbar in den Sumpf. Wenn der Mann auch noch klein, dick und glatzköpfig wäre, was bliebe dann eigentlich von ihm? Nackter hat ein angeblicher Kaiser selten dargestanden. Hochmut kommt vor dem Fall. Die sich so gern selbst als Super-Ökonomen und als solide Leute feiern ließen, die angeblich mit Geld umgehen können, stehen heute mit leeren Händen herum.

Über 2,2 Millionen registrierte Arbeitslose. Rund 1 Million „stille Reserve". 3,9% Arbeitslose bei Böblingen, 23% bei Emden. Sackgassen-Ausbildung für junge Leute.

29,5 Milliarden DM Neuverschuldung im 88er Haushalt im Dezember beschlossen. Im Januar auf 40 Milliarden korrigiert. Inzwischen auf rund 45 Milliarden explodiert. Bei weiter sinkenden Steuereinnahme-Schätzungen 1989 minus 6,3 Milliarden DM.

Enttäuschung bei Otto Normalverbraucher über die ungerechte Steuerreform bei neuen angekündigten Steuererhöhungen und -belastungen. Und was als Mineralöl-, Heizöl- und Mehrwertsteuer-Ankündigungen vorliegt, ist auch noch nicht alles.

Nur Frackträger, die Sportflieger sind, können sich richtig freuen. Sie profitieren. Länder und Gemeinden werden finanziell beschnitten, dringende öffentliche Aufgaben können nicht ausgeführt werden; Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden und Straßen unterbleiben.

Und Blüm droht schon mit einer Gesundheitsreform, die vor allem Abkassiermodell ist.

Kurz: Bangemann und Stoltenberg toben sich so richtig aus. Und der Kanzler, den es ja auch noch gibt, sitzt in Ruhe die Richtlinien der Politik aus. Ein Kassensturz ist fällig und ein konkretes Konzept zur Bekämpfung der ökonomischen Schwäche, der ökologischen Skandale und der Massenarbeitslosigkeit.

Der Staat kann das nicht allein und es gibt kein Wunderrezept. Der Bund darf aber nicht durch Tatenlosigkeit und Starrköpfigkeit die schwierige Lage selbst noch verschärfen. Es gab doch 1982 so ein treffendes Wort: Wende. Inzwischen ist klar, wohin die Reise geht.

Noise of Freedom (Lärm für die Freiheit?)

Bei strahlendem Sonnenschein und klarer Sicht erleben wir über Medebach immer wieder das gleiche Schauspiel: Militärflugzeuge der Bundesluftwaffe und der alliierten Streitkräfte — häufig sogar in größerer Zahl — jagen im Tiefflug mit riesigem Getöse über das Stadtgebiet von Medebach hinweg. Jeder von uns hat sich schon mehrmals darüber geärgert, daß Medebach seit Jahren eines der 7 deutschen Tiefflug-Übungsgebiete ist. Eine besondere Dreistigkeit sind die vermehrten Flüge in der Mittagszeit. Medebach bemüht sich seit Jahren, attraktiv für den Fremdenverkehr zu sein, mit dem Erfolg, daß die Gäste, die hier Ruhe und Entspannung suchen, das nächste Mal wegen des Fluglärms wieder wegbleiben. Auch wer kleine Kinder hat, kann ein Lied davon singen, wie groß die Schrecken der Tiefflüge sind.

Es ist auch immer wieder zu beobachten, daß, obwohl die Tiefflug grenze bei 75 Metern liegt, die Militärmaschinen augenscheinlich noch tiefer über unsere Täler hinwegfliegen. Der Kontrollpunkt auf dem Kahlen Asten hat zwar die Aufgabe, diese Höhe zu kontrollieren, doch darf man vermuten — da dieser Kontrollpunkt mit ehemaligen Fliegern besetzt ist — daß keiner einen Kollegen anschwärzt (bei Unterschreitung der Mindestflughöhe gibt's 4 Wochen Flugverbot).

Obwohl man inzwischen von Experten-Seite (auch im Ausland) bezweifelt, daß diese Übungstiefflüge von verteidigungs-politischem Nutzen im Ernstfall sind, scheint man dies im Verteidigungsministerium noch nicht gemerkt zu haben.

Sonderbar ist natürlich auch, daß die Tiefflüge nur bei schönem Wetter stattfinden und daß der Schauplatz seit Jahren das Stadtgebiet von Medebach ist. Sollte man daraus schließen, daß in einem evtl. eintretenden Ernstfall nur über Medebach gekämpft werden kann und das natürlich nur bei schönem Wetter — weil dann ja immer geübt worden war?!?

Wir fordern daher den CDU-Verteidigungsminister Scholz auf, endlich die sinnlosen Tiefflüge über Medebach einzustellen!!!

Meckerecke

Im letzten rotdorn haben wir den Beschwerdebrief von Oberschledorner Bürgern abgedruckt. Wir sind bereit, auch in Zukunft Stellungnahmen, Beschwerden, Anregungen von Bürgern, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, im rotdorn mitzuteilen. Wer davon Gebrauch machen möchte, wende sich an uns unter folgender Anschrift:

rotdorn, Glindfelder Weg 57, 5789 Medebach

Merkwürdiges

In ihrer Eigenschaft als stellvertretende Bürgermeisterin hatte Frau Sengen einer älteren Mitbürgerin namens der Stadt zum Geburtstag gratuliert. Diese wollte sich einige Tage später nochmals schriftlich bedanken und schickte den Brief an sie über das Rathaus. Dort jedoch wurde die Annahme verweigert, wie die Post bei Rückgabe des Briefes vermerkte. Auf Nachfrage hat die Verwaltung erklärt, ein Azubi habe den Brief nicht angenommen. Ein Lehrling entscheidet also im Medebacher Rathaus über die Annahme von Briefen? So viel Entscheidungsfreude hätten wir unseren Azubis gar nicht zugetraut.

Persönliches

Bisher haben wir auf Anfrage die Namen der Verfasser unserer im rotdorn abgedruckten Artikel genannt. Wir werden dies aus zwei Gründen nicht mehr tun:

Einmal ist die CDU unserem Beispiel nicht gefolgt. Zum anderen hat die CDU in der Vergangenheit die Namen der Verfasser solcher Artikel erfragt, die ihr nicht gefielen. Anschließend ist sie mit den Namen an die Öffentlichkeit gegangen, um dort in unfairer Art die Verfasser nicht nur anzugreifen, sondern sie vor allem persönlich oder sogar beruflich herabzusetzen.

Dies Verfahren unterbinden wir daher nunmehr. Ohnehin werden sämtliche Artikel von der Redaktionskonferenz besprochen, teilweise abgeändert und von allen gemeinsam getragen. Ein einzelner Verfasser ist daher — gerade bei den brisanteren Artikeln — nicht zu benennen.

rotdorn-serie rotdorn-serie rotdorn-serie rotdorn-serie

Zur Person

In der rotdorn-serie „Zur Person" werden in dieser Ausgabe der neue Medebacher SPD-Vorsitzende Michael Hiemer und das neue Vorstandsmitglied Rudolf Kaiser vorgestellt.

Rudolf Kaiser
Medebach, Auf dem Hagen 1
32 Jahre, verheiratet, 2 Kinder

rotdorn: Herr Kaiser, was machen Sie beruflich?

Kaiser: Ich arbeite seit 1980 als Fernmeldehandwerker bei der Außenstelle des Fernmeldeamtes Kassel in Korbach. Bevor ich aus familiären Gründen nach Medebach kam, habe ich zwischen 1970 und 1980 beim Fernmeldeamt Essen bereits als Fernmeldehandwerker gearbeitet.

rotdorn: Was hat Sie dazu bewogen, in der SPD mitzuarbeiten?

Kaiser: Ich war eigentlich schon im Elternhaus sozialdemokratisch vorbelastet. Die Entscheidung aktiv in der SPD mitzuarbeiten habe ich getroffen, weil ich nicht mehr tatenlos zusehen wollte, wie gerade in Bonn eine Politik betrieben wird, die sich doch erheblich von meinen Vorstellungen unterscheidet.

rotdorn: Wie sehen denn ihre Vorstellungen aus?

Kaiser: Nun, Sie können sich sicherlich vorstellen, daß ich beispielsweise mit der geplanten Zerschlagung der Bundespost nicht einverstanden bin. Denn gerade die Bevölkerung auf dem flachen Lande, wie wir hier in Medebach, werden dadurch erheblich benachteiligt. Was nützt uns modernste Fernmeldetechnologie in den Großstädten, wenn die Poststellen in unseren Dörfern zugemacht werden. Oder was nützt es, wenn man sein Telefon (Made in Taiwan) zukünftig im Kaufhaus kaufen kann, die Wartung aber teuer bezahlt werden muß. Bisher ist der Entstörungsdienst ein kostenloser Service der Post.
Des weiteren halte ich die aktuellen Entscheidungen zur Steuer- und Gesundheitsreform für total arbeitnehmerfeindliche Fehlentscheidungen. Auch die Arbeitslosigkeit muß endlich wirklich bekämpft werden.

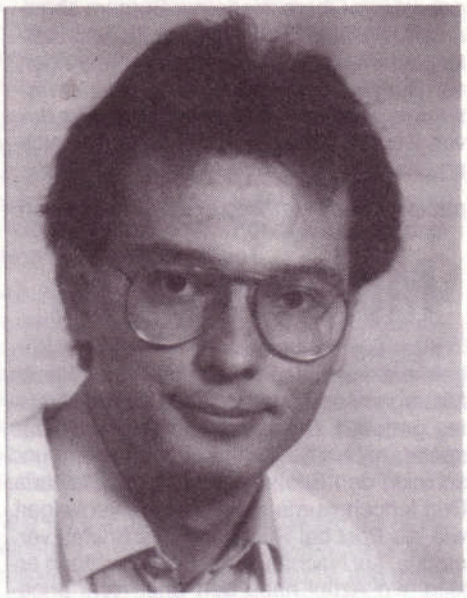
rotdorn: Wie soll das nach Ihrer Meinung geschehen?

Kaiser: Es muß ganz ernsthaft darüber nachgedacht werden, wie der verstärkte Technikeinsatz Betrieben und Verwaltungen besteuert werden kann. Wenn Maschinen Arbeitsplätze vernichten, müssen die Maschinenbesitzer für die Kosten der dadurch arbeitslos gewordenen Menschen zur Kasse gebeten werden (Maschinensteuer).

rotdorn: Herr, Kaiser, was machen Sie in der Freizeit?

Kaiser: Zunächst erst einmal widme ich meine Freizeit meiner Familie. Ich gehe allerdings auch gern mal angeln oder schwimmen.

Impressum:
Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach, vertreten durch den 1. Vorsitzenden Michael Hiemer
Redaktion: Ulrich Mikol
Auflage: 3000 Exemplare
Anschrift der Redaktion:
Glindfelder Weg 57, 5789 Medebach
Satz / Druck: Kräling-Druck, Siedlinghausen



Michael Hiemer

Medebach, Glindfelder Weg 57
29 Jahre, verheiratet,
Postbeamter

rotdorn: Herr Hiemer, Sie sind im April zum Vorsitzenden der Medebacher SPD gewählt worden, was wird sich unter Ihrer Führung ändern?

Hiemer: Am bisherigen Kurs der Medebacher SPD wird es sicherlich keine wesentlichen Änderungen geben, dafür gibt es auch gar keinen Grund. Festzustellen ist, daß die Verantwortung im Ortsverein insgesamt in jüngere Hände übergegangen ist. Dieses zeigt sich auch daran, daß von den 10 Vorstandsmitgliedern jetzt immerhin 4 unter 35 Jahren sind. Ferner ist festzustellen, daß dem Vorstand jetzt 2 Frauen angehören. Man kann also sagen, nicht nur der Generationswechsel, auch die weitere Etablierung von Frauen im Vorstand ist gelungen.

rotdorn: Die Nachwuchsprobleme der HSK-CDU, wie erst kürzlich in der Westfalenpost zu lesen war, haben Sie also nicht?

Hiemer: So problematisch wie bei der CDU sieht es bei uns sicherlich nicht aus, obwohl ich nicht verschweigen möchte, daß auch bei uns der Anteil der jungen Mitglieder nicht zufriedenstellend ist.

rotdorn: Woran liegt das nach Ihrer Meinung, daß sich die jungen Menschen nicht mehr so wie nocht vor 10 oder 15 Jahren in den Parteien engagieren?

Hiemer: Da gibt es sicherlich eine Reihe von Gründen, ich möchte zwei ansprechen, weil ich sie für wesentlich halte. Da sind erst einmal die zahlreichen Affären der vergangenen Jahre, die die gesamte Politik in Verruf gebracht haben, angefangen von der Parteispendenaffäre bis hin zur Kieler Wahlkampfaffäre. Solche Skandale müssen doch einfach abschreckend auf einen jungen Menschen wirken, weil sie nur zu deutlich zeigen, daß die Politik und gerade die große Politik zu sehr mit Geld und mit dem eigenen Machterhalt beschäftigt ist.
Desweiteren ist in vielen jungen Menschen der Eindruck entstanden, man könne ja sowieso nichts bewegen, es gäbe zuviele Sachzwänge und zuwenig Mut der verantwortlichen Politiker, das Erforderliche auch zu tun. Sehen Sie, es ist bekannt, das Fluorchlorkohlenwasserstoffe die Ozonschicht in einigen Jahren wohl unreparabel zerstört haben wird. Aber trotzdem wird dieses Treibmittel, aus Rücksicht auf die Wirtschaft nicht sofort gesetzlich verboten. Dieses ist nur ein Beispiel, welches die Ohnmacht gerade der jetzigen Bundesregierung vor dem großen Geld und den Leuten, die dieses für ihre Ziele einsetzen, zeigt. Da braucht sich die CDU doch nicht zu wundern, daß gerade ihr die jungen Leute verstärkt den Rücken kehren.

rotdorn: Herr Hiemer, wie sind Sie eigentlich zur Politik gekommen?

Hiemer: Das ist noch gar nicht so lange her. Ich bin über die Personalräte- und Gewerkschaftsarbeit zur Politik gekommen. So war ich ab 1981 Jugendvertreter beim Postamt in Korbach, aber auch Ortsjugendleiter der Postgewerkschaft sowie Mitglied im Bezirksjugendausschuß der hessischen Postgewerkschaft. Seit 1985 bin ich Personalratsmitglied und in dieser Funktion gerade vor 6 Wochen für weitere 3 Jahre wiedergewählt worden. In die SPD bin ich im März 1983 nach der verlorenen Bundestagswahl eingetreten. Ich habe damals gesagt, ich will mithelfen, die SPD wieder nach vorn zu bringen. Für mich war klar, was CDU und FDP mit der sogenannten Wende erreichen wollten. Nicht umsonst haben Wirtschaft und Großkapital alles eingesetzt, um die Konservativen an die Macht zu bringen. Es galt für mich damals wie heute zu verhindern, daß noch mehr Arbeitnehmerrechte abgebaut werden, noch mehr Umverteilung von unten nach oben betrieben wird und noch mehr Ungerechtigkeit entsteht. So war mit auch damals schon bekannt, daß maßgebliche Kräfte in der FDP aber auch in der CDU beispielsweise die Bundespost privatisieren wollten. Für mich war somit der Eintritt in die SPD auch ganz persönlich der Beginn des politischen Kampfes um die Arbeitsplätze bei der Bundespost (auch um meinen!). Wie richtig diese Einschätzung vor 5 Jahren schon war, sehen wir heute, wo die Post kurz vor der Zerschlagung steht. Da wird ein gesundes Unternehmen zerspalten und teilprivatisiert, nur um die guten Gewinne im Fernmeldebereich in private Hände fließen zu lassen. Bürger und Beschäftigte werden die Auswirkungen über Gebührenerhöhungen und Leistungseinschränkungen sowie über mehr Arbeitshetze und Arbeitsplatzabbau zu spüren bekommen.

rotdorn: Nun können Sie als Kommunalpolitiker in Medebach nichts wesentliches an der politischen Großwetterlage ändern, ist das nicht enttäuschend für Sie?

Hiemer: Jeder Sozialdemokrat arbeitet dort wo er berufen wird. Sicherlich ist die Ratsarbeit in einer Kleinstadt wie Medebach eigentlich eher unpolitisch, da viele Entscheidungen nicht auf politischer Willensbildung sondern auf Verwaltungsvorschriften beruhen. Aus diesem Grunde arbeite ich seit gut einem Jahr im Unterbezirksvorstand der SPD Hochsauerland mit. Hier wird doch verstärkt die politische Willensbildung vorangetrieben. So leite ich die Kommission Kommunalpolitik/Kommunales Programm, in der derzeit das Wahlkampfprogramm der SPD im Hochsauerlandkreis für die nächste Kommunalwahl erarbeitet wird. Später soll in diesem Gremium über die Reform der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung beraten werden. Dieses sind also schon Bereiche, in denen man etwas von eigenen Gedanken und Ideen mit einbringen und verwirklichen kann.

rotdorn: Herr Hiemer auf welchen Gebieten sehen Sie am vordringlichsten politischen Handlungsbedarf?

Hiemer: Arbeitslosigkeit in der jetzigen Höhe darf nicht länger hingenommen werden. Die Bundesregierung hat auch auf diesem Gebiet total versagt. Es gibt Möglichkeiten, die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Durch drastische Arbeitszeitverkürzungen könnten tausende von Arbeitsplätzen geschaffen werden. Über den Lohnausgleich wird man reden müssen. Ferner müßten Überstunden dort sofort verboten werden, wo stattdessen Einstellungen möglich sind. Desweiteren muß der kommunale Finanzausgleich dringend reformiert werden. Städte und Gemeinden müsen vom Bund einen Ausgleich für die Einnahmeverluste durch die Steuerreform bekommen. Auch im Umweltbereich könnten zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen werden. Die dafür erforderlichen Gelder müssen über das Verursacherprinzip hereingeholt werden. Im Umweltbereich sind zudem dringende Maßnahmen erforderlich, auf die die Bundesregierung aus Rücksicht auf die Wirtschaft verzichtet. Ich denke an das sofortige Verbot von umweltschädlichen Treibmitteln, oder an die zwingende Auflage von 3-Wege-Katalysatoren für alle Neuwagen, die Ächtung von Giftverklappungen in Flüssen und Meeren und nicht zuletzt den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kernenergie. Dieses sind nur einige wenige Punkte, alle aber von existenzieller Bedeutung für uns alle. Schließlich erscheint mir von grundsätzlicher Bedeutung, daß bei allem, was angestrebt wird, der Mensch wieder in den Mittelpunkt der Sache gestellt werden muß und nicht die Technik, das Wachstum oder das Geld. Fortschritt und Technik haben dem Menschen zu dienen und nicht umgekehrt, dieses ist in den vergangenen Jahren gänzlich außer Acht gelassen worden. Es ist Aufgabe gerade für uns Sozialdemokraten, stärker als bisher dafür einzutreten, daß den Belangen der Menschen in unserer hochindustrialisierten Welt wieder mehr Rechnung getragen wird.

rotdorn: Herr Hiemer, Sie arbeiten bei der Deutschen Bundespost in Korbach, in welchem Bereich sind Sie tätig?

Hiemer: Ich bin in der Hausverwaltung beschäftigt und dort für die Beschaffung von Dienstausstattung wie Möbeln, Geräten und Maschinen, für die Gebäudereinigung und für den Brand- und Katastrophenschutz zuständig. Sie müssen wissen, von Korbach aus werden 58 Postämter und Poststellen zwischen Willingen und Wolfhagen sowie zwischen Diemelstadt und dem Edersee verwaltungsmäßig versorgt und geleitet.

rotdorn: Bleibt Ihnen neben Beruf und Politik eigentlich noch Zeit für Hobbys?

Hiemer: Eigentlich wenig, aber wenn es die Zeit zuläßt, spiele ich gern mal eine Stunde Tennis, lese ein Buch oder kümmere mich um meine Papageien, die ich in einer Gartenvoliere halte. Ich habe somit Hobbys, bei denen ich mich zum einen sportlich ein wenig betätigen andererseits aber auch mal abschalten kann.

rotdorn: Letzte Frage, wo liegen die Arbeitsschwerpunkte der Medebacher SPD in den nächsten 2 Jahren?

Hiemer: In diesem Jahr werden wir uns noch mit dem neuen Grundsatzprogramm der Partei befassen und den Versuch unternehmen, in Medebach eine Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) ins Leben zu rufen. Des weiteren werden wir Johannes Rau weiter drängen, er steht nach wie vor bei uns im Wort, 1988 nach Medebach zu kommen. Ortsverein und Fraktion werden sich gerade in den nächsten Monaten intensiv bei allen relevanten Stellen für das geplante Freizeitzentrum einsetzen. Wir hoffen, daß auch der Bürgermeister seinen Einfluß als CDU-Kreisvorsitzender nutzt, um den Standort Medebach gegenüber dem Mitbewerber Brilon durchzusetzen. Im nächsten Jahr werden wir uns vorrangig den Europa- und Kommunalwahlen, den Medebacher Bürgern die sachlichen aber auch personellen Alternativen zur doktrinär verkrusteten CDU darzustellen.

Ja und 3—4 rotdorn-Ausgaben wird es in den nächsten 2 Jahren auch wieder geben. Sie sehen also, es gibt viel zu tun — packen wir's an.